

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!
(Karl Liebknecht)

DER SPARTAKIST



ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS
(Sektion der Vierten Internationale)

November 1947

Nr. 25

Preis S 1.-

DREISSIG JAHRE SOWJETRUSSLAND

Vor dreißig Jahren erhoben sich die russischen Arbeiter, Bauern und Soldaten und legten unter der Führung der bolschewistischen Partei in kühnem revolutionären Ansturm die letzte bürgerliche Regierung Rußlands hinweg. Die aus dem bewaffneten Aufstand vom November 1917 hervorgegangene neue Macht stützte sich nicht mehr auf die alte kapitalistische Staatsmaschine, sondern auf die Arbeiter-, die Bauern- und Soldatenräte, d.h. auf die Organe der Massen. In einem heroischen Kampf sondergleichen behauptete und festigte sich die Rätemacht gegen eine ganze Welt äußerer und innerer Feinde, die haßerfüllt durch Jahre gegen sie anstürmten und das revolutionäre Rußland zeitweise an den Rand des Abgrunds brachten. Und dieser Sieg der russischen Revolution war und ist für das internationale Proletariat von größter Bedeutung!

"Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft", lehrt Marx, "liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats". Die Aufrihtung, Behauptung und Festigung der Sowjetmacht war der welthistorische Beweis für die Richtigkeit der Lehren des Marxismus, der praktische Beweis dafür, daß die Arbeiter, die bisher Ausgebeuteten und Unterdrückten, fähig sind, die Regierung eines großen Landes zu übernehmen und diesem Land, ja der ganzen Welt neue Wege zu weisen; er war der praktische Beweis dafür, daß eine Regierung möglich ist, die nicht im Interesse der Ausbeuterklassen, sondern im Interesse der großen Massen regiert mit dem Ziel, jeder Ausbeutung

INHALT DIESER NUMMER:

Dreißig Jahre Sowjetrußland

Nach den Gemeindewahlen in Frankreich

Der Parteitag der SPÖ

Streiflichter

und jeder Unterdrückung für immer ein Ende zu setzen und damit das Regieren selbst überflüssig zu machen. Die Aufrichtung und Behauptung der Räteregierung in Rußland war der erste geglückte Versuch der Aufrichtung der Diktatur der Arbeiterklasse auf dem Territorium eines großen Landes. Darin besteht die große, die welthistorische Bedeutung der russischen Revolution vom Oktober 1917.

Die Räteregierung stützt sich auf zwei tragende Pfeiler: Die proletarische Demokratie und das sozialistische Eigentum an den großen, entscheidenden Produktionsmitteln. Eiserner Diktatur gegenüber den gestürzten Ausbeuterklassen und ihren Trabanten, war das Sowjetregime zugleich die breiteste Demokratie, die die Weltgeschichte bisher gekannt. Alle Handlungen der Regierung geschahen unter der Kontrolle und mit Zustimmung der Organe der Massen. Der alte kapitalistische Staatsapparat mit seiner reaktionären, verknöcherten Bürokratie war liquidiert. Die Trennung zwischen gesetzgebender und vollziehender Gewalt war aufgehoben. Die Arbeiter und Bauernräte waren zugleich Gesetzgeber und Organe der Verwaltung des neuen Staates. Das Prinzip der jederzeitigen Absetzbarkeit aller Gewählten sicherte die möglichste Übereinstimmung der Gesetzgebung mit der Ausübung der Gewalt nach dem Willen der breitesten Massen. Wenn in den bürgerlichen Demokratien das demokratische Recht des Volkes, über sein eigenes Schicksal selbst zu entscheiden, letzten Endes nur ein papiernes "Recht" ist, hinter dem sich kraft der ökonomischen Vormachtstellung der Bourgeoisie wie kraft der Tatsache, daß sich diese auf dem klassenmäßig kapitalistisch zusammengesetzten Staatsapparat stützt, die kapitalistische Diktatur über die Werktätigen verbirgt, so war das Sowjetregime tatsächlich eine Demokratie nicht auf dem Papier, sondern eine solche der Wirklichkeit, der alltäglichen Praxis der Werktätigen, und somit in Wahrheit eine Volksregierung.

Gleich die ersten und gleichzeitig wichtigsten Gesetze, die die Räteregierung erließ und gleich die ersten Handlungen, die sie durchführte, waren solche im Interesse der bisher Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen die gestürzten Ausbeuterklassen, um nach der Zertrümmerung von deren politischer Macht auch deren ökonomische Vormachtstellung zu zerstören und die Grundlagen für den sozialistischen Aufbau zu legen. Das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln wurde aufgehoben und dieses in sozialistisches Eigentum verwandelt. Das bürgerliche Erbrecht wurde abgeschafft, um für alle Zeiten die neuerliche Anhäufung von Produktionsmitteln in den Händen weniger Monopolisten zu verhindern. Der gesamte Grund und Boden ging in das Eigentum des proletarischen Staates über, der ihn seinerseits den bauerlichen Massen zur Nutzung überließ. Mit diesen Maßnahmen wurden in Verbindung mit der Aufstellung eines sozialistischen Wirtschaftsplanes tatsächlich die Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus geschaffen; sie bildeten zusammen mit der proletarischen Demokratie die großen Errungenschaften der Oktoberrevolution wie ihren eigentlichen ökonomischen Inhalt.

Als im Oktober 1917 das russische Proletariat seine Macht aufgerichtet hatte, da erklärte es durch den Mund seiner Partei, daß es sich nur als den Vortrupp der internationalen Arbeiterklasse betrachte, daß seine Revolution nur das erste Glied in der Kette der nun folgenden internationalen Revolutionen sei; daß es mit seiner ganzen Kraft dahin wirken werde, die proletarische Weltrevolution zu unterstützen und zu beschleunigen; daß ohne Sieg der internationalen proletarischen Revolution die russische Revolution verloren sei. Und Sowjetrußland hat damals durch sein Verhalten bewiesen, daß es sich vom ersten Moment seines Bestehens an als die vorgeschobene Bastion der proletarischen Weltrevolution betrachtet hat, daß sein Bekenntnis zur internationalen Revolution keine leere Phrase war. Es hat seine Interessen bedingungslos den Interessen der internationalen Ar-

beiterklasse und seiner Revolution untergeordnet; wo immer sich die Unterdrückten gegen die Ausbeuter erhoben, sie konnten sicher sein, von Sowjetrußland, daß in den ersten Jahren seines Bestehens selbst in einen Kampf auf Leben und Tod verstrickt, das nach der Beendigung dieses Kampfes ungeheuer arm war, unterstützt zu werden.

Weil die russische Arbeiterklasse ihre eigene Bourgeoisie gestürzt und weil sie das internationale Proletariat in seinem Kampf zum Sturz der Kapitalisten aller Länder bedingungslos unterstützt hat, darum haben die Arbeiter der ganzen Welt Sowjetrußland als das betrachtet, was es wirklich war: das proletarische Vaterland! Darum war sich das internationale Proletariat, welche Gegensätze es immer zerreißen mochten, in einem einzig: Hände weg von Sowjetrußland! Doch die Sympathien der breiten Massen des internationalen Proletariats zur Sowjetunion von heute sind entschwunden und einem tiefen Mißtrauen gewichen. Der moralische Kredit, den der aus der Oktoberrevolution hervorgegangene Staat besessen hat, ist längst vertan. Die SU ist in den Augen breiter Massen nicht mehr die Vorkämpferin einer neuen höheren Gesellschaft, sondern eine Macht, die die eigenen Massen ausbeutet und unterdrückt und sich schamlos und brutal an der Unterdrückung und Ausplünderung zahlreicher anderer Völker beteiligt; die in ihrem Innern ein einzig dastehendes Terrorregime aufgerichtet hat, das sogar den blutigen Faschismus übertrifft; die das demokratische Selbstbestimmungsrecht der kleinen, schwachen und zurückgebliebenen wie das der unterlegenen Nationen mißachtet und mit Füßen tritt; die annektiert und auf Raub ausgeht. In jenen Ländern, die von Sowjettruppen besetzt sind, sind die Sympathien großer Teile der Massen nicht auf seiten der SU, sondern auf der ihrer imperialistischen Feinde. Die von den heutigen Machthabern der SU angewandten Methoden treiben die Völker in die Arme der imperialistischen Kriegshetzer und lassen ihnen diese als Vorkämpfer für Freiheit und Demokratie erscheinen. Wann das Sowjetrußland der leninschen Periode trotz der Schwächung durch Bürgerkrieg und imperialistische Intervention sich behauptet hat, so dank der aktiven Sympathien der Weltarbeiterklasse. Wenn die SU nach vielen Jahren stalinscher Führung heute geschwächt dasteht; wenn der imperialistische Plan, diese sich in einem Krieg ausbluten zu lassen, gelungen ist; wenn infolge des Krieges der Produktionsapparat der SU zur Hälfte zerstört wurde und sie sich Schwierigkeiten gegenüber sieht, die größer sind als jemals in ihrer nun dreißigjährigen Geschichte; wenn diese Schwierigkeiten zu unerhörten inneren sozialen Spannungen führen, deren offener Ausbruch vorläufig nur durch die brutalen Terrormaßnahmen der Bürokratie niedergehalten wird; wenn die Imperialisten heute eine beinahe einzige Front bilden und sich nun darauf vorbereiten, die unerhört tiefe Krise des Weltkapitalismus durch die Zertrümmerung der SU in einem dritten imperialistischen Weltkrieg zu lösen - dann steht die SU heute, in der Periode ihrer bonapartistischen Entartung, isoliert da, isoliert vor allem von seinem einzigen natürlichen Verbündeten, der internationalen Arbeiterklasse. Was ist die Ursache für diesen Wandel? Was ist die Ursache dafür, daß die russische Revolution, die im Namen des Sozialismus begonnen hat, zu dem in der heutigen SU vorhandenen riesigen sozialen Gegensätze geführt, daß sie scheinbar mit dem Sieg einer neuen privilegierten Schicht endet? Sowjetrußland war ein Arbeiterstaat, der erste der Weltgeschichte! Ist es das heute noch? Die Verteidigung der SU gegen die Angriffe ihrer imperialistischen Feinde war die unbedingte Pflicht der Weltarbeiterklasse! Gilt das auch jetzt noch? Sowjetrußland und die sozialistische Befreiung der Menschheit war einstens für Millionen Unterdrückte und Ausgebeutete auf der ganzen Welt ein und dasselbe - die heutige SU schändet den Namen des Sozialismus, stellt in den Augen breiter Massen den Kommunismus auf die selbe Stufe wie den blutigen Faschismus! Muß die proletarische Avantgarde, muß die Vierte Internationale nicht darum,

wenn sie die Massen für den internationalen Kommunismus gewinnen will, den Trennungsstrich ziehen zwischen Kommunismus und der stalinschen SU? Muß die Vierte Internationale nicht erklären: Die SU ist heute nicht mehr das, was sie einstens war; die SU von heute hat nichts mehr mit Kommunismus zu tun; die SU ist kein Arbeiterstaat mehr und ihr Schicksal kann dem internationalen Proletariat vollkommen gleichgültig sein!?

Doch die proletarische Avantgarde darf sich nicht von Gefühlen und äußeren Eindrücken leiten lassen, noch sich mit der bannalen Philosophie bescheiden, die von bürgerlichen Philistern und Sozialdemokraten gleichermaßen gelehrt wird, die das heutige Stadium der russischen Revolution als das unvermeidliche Endergebnis jeder Revolution erklären. Die proletarische Avantgarde darf nicht nur nach der gesellschaftlichen Oberfläche mit den glänzenden Eintagsfliegen der stalinschen Marschälle blicken; sie muß in die gesellschaftlichen Tiefen, in die Werkstatt des ökonomischen Prozesses herabsteigen. Sie ist verpflichtet, den komplizierten gesellschaftlichen Prozeß, der durch die Oktoberrevolution ausgelöst wurde, mit dem wissenschaftlichen Rüstzeug des Marxismus zu analysieren. Was sind also die Ursachen der Entartung der SU und welche Konsequenzen muß das internationale Proletariat aus ihnen ziehen?

In einem schwerwiegenden Satz sagt Karl Marx einmal: "Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft." Gerade die Entwicklung der russischen Revolution und die schließliche Entartung der Sowjetmacht hat diese tiefe wissenschaftliche Erkenntnis des Marxismus bestätigt.

Die russische Revolution hat die Serie internationaler Revolutionen eröffnet. Die imperialistische Kette wurde durch sie entzwei gerissen; es brach das schwächste Glied dieser Kette. Die Revolution brachte das Proletariat zur Macht, aber es geschah dies in einem zurückgebliebenen Land. Die russische Arbeiterklasse hat als erste den revolutionären Weg beschritten, der allein zum Sozialismus führt, allein sie kann an das Ziel nur gelangen mit Hilfe des Proletariats der fortgeschrittenen Länder. Diese Hilfe ist ausgeblieben. Verschuldet durch den Verrat der Sozialdemokratie, der seinerseits ermöglicht wurde durch die Unerfahrenheit und Schwäche der internationalen kommunistischen Kader, erlitt die proletarische Weltrevolution eine Reihe schwerster Niederlagen. Die proletarische Revolution blieb auf das Territorium eines zurückgebliebenen Landes beschränkt und die Produktivkräfte dieses Landes waren und sind noch immer viel zu dürftig, um die Basis einer sozialistischen Produktion darstellen zu können. Doch wenn das gesellschaftliche Gesamtprodukt zu klein ist, um die Bedürfnisse aller zu befriedigen, dann entsteht der Kampf um den gesicherten Anteil an diesem Produkt, dann entsteht aber auch das Bedürfnis nach einer Macht, die in diesem Kampf regelnd eingreift und ihn dämpft, die den Bürgerkrieg, den offenen Kampf aller gegen alle verhindert und so den Bestand der Gesellschaft überhaupt ermöglicht. In der auf ein zurückgebliebenes Produktionsniveau gegründeten, von den fortgeschrittenen Ländern infolge der internationalen proletarischen Niederlagen isolierten Sowjetgesellschaft übernahm die Rolle dieses Reglers, dieses Schiedsrichters, dieses sozialen Verteilers die durch die Revolution geschaffene Sowjetbürokratie. Anfänglich ein dem Proletariat untergeordnetes Organ, bekam sie nun eine Funktion weit über ihre ursprüngliche Bedeutung hinaus; aus einem Diener der Sowjetgesellschaft wurde sie zu deren kommandierende Schicht. Die Bürokratie war das Organ der Sowjetgesellschaft, daß die Verteilung des allzu schmalen gesellschaftlichen Produkts durchzuführen hatte und das sich naturgemäß nun den Löwenanteil an diesem Produkt in der Form von Privilegien und fetten Pfründen sicherte. Die russische Revolution, auf das Prokrustesbett einer zurückgeblie-

benen Produktion gespannt und in die Zwangsjacke eines einzelnen Landes eingeschnürt, erzeugte zwangsläufig eine neue privilegierte Schichte und bewies so schlagend die Richtigkeit des Marxschen Satzes, "daß das Recht nicht höher sein kann als die ökonomische Gestaltung der Gesellschaft".

Die Entwicklung der Bürokratie aus einem untergeordneten Organ der Gesellschaft zu deren Herrn, zu deren privilegierten und kommandierenden Schicht setzte die Zerschlagung der Sowjetdemokratie voraus. Die Sowjets wurden als Organe der Massen liquidiert und in bürokratische Institutionen verwandelt. Die innere Demokratie in den Massenorganisationen der Werktätigen, in den Gewerkschaften wie in der bolschewistischen Partei wurde durch das Kommando des Apparats abgelöst. Der Parteiapparat wurde mit dem Staatsapparat verschmolzen. Der bewußteste Flügel der bolschewistischen Partei, die unter der Führung Leo Trotzki's kämpfende Linksopposition, wurde aus der Partei ausgestoßen und schließlich gleich der ganzen alten Garde des Bolschewismus ausgerottet. Das Proletariat, aus der Revolution als herrschende Klasse herausgegangen, wurde gegenüber der Bürokratie in die Rolle einer politisch unterdrückten Klasse versetzt. Doch dieser Prozeß, an dessen Ende der Sieg der Bürokratie über die Massen steht und der begleitet war von unerhört scharfen innerparteilichen Kämpfen und Klassenkämpfen, ging vor sich auf der Grundlage der ökonomischen Errungenschaften der Oktoberrevolution, des sozialistischen Eigentums. Das ist das entscheidende Kriterium zur Bestimmung des sozialen Charakters der SU. Die die Macht ausübende Bürokratie hat keine neuen Formen des Eigentums geschaffen, sondern diese sind auch heute noch die dem Proletariat adäquaten. Die Bürokratie spielt diesem Eigentum gegenüber die Rolle des gesellschaftlichen Schmarotzers; ihre Privilegien entspringen nicht der Sphäre der Produktion, sondern jener der Verteilung. Diese Tatsache ist die bestimmende für die Stellung des Weltproletariats zur heutigen SU.

Es ist die Pflicht der Arbeiterklasse, jene Errungenschaften der Oktoberrevolution, die noch nicht liquidiert sind und aus denen sich der grundlegende Charakter der SU als Arbeiterstaat trotz aller bürokratischen Entartung ergibt, gegenüber allen Angriffen des Imperialismus zu verteidigen. Das internationale Proletariat und insbesondere seine Vorhut darf dabei seine Augen nicht verschließen vor den Verbrechen und dem Verrat der Sowjetbürokratie. Es muß diese laut und deutlich anprangern und die bonapartistische Kremld Clique und ihre Politik unversöhnlich bekämpfen. Doch es hat vor allem die Pflicht, die Ursachen zu bekämpfen, die zum vorübergehenden Sieg der Bürokratie und der tiefen Entartung des ersten Arbeiterstaates geführt haben: die kapitalistischen Staaten rings um die SU, die Vorherrschaft des Kapitalismus im Weltmaßstab. Der Sieg der Bürokratie entspringt der Niederlage der internationalen Revolution. Der Vormarsch der proletarischen Weltrevolution ist der einzige Weg, die bonapartistische Entartung der russischen Revolution rückgängig zu machen, ihren schließlichen Zusammenbruch aufzuhalten und die ökonomischen Errungenschaften des Oktobers zu retten.

```
ooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooo  
ooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooo  
ooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooo  
ooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooo  
ooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooo  
ooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooo  
ooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooo  
ooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooo  
ooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooo  
ooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooo  
ooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooo  
ooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooo  
ooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooo
```

Spendet für den KAMPFFOND!

NACH DEN GEMEINDEWAHLEN IN FRANKREICH

Die Gemeindewahlen im Oktober 1947 brachten entscheidende Veränderungen im Kräfteverhältnis der Parteien. Die RPF, die Partei des rechten Flügels der französischen Bourgeoisie, der Monopolbourgeoisie, konnte unter ihrem Hampelmann de Gaulle über 40% der Stimmen auf sich vereinigen. Alle kapitalistischen Parteien, von der PRL bis zu den Radikalsozialisten sind in der RPF aufgegangen, die MRP hat fast zwei Drittel der Stimmen gegenüber den Wahlen im November 1946 verloren, die SP und die Stalinpartei konnten sich nur mit Mühe behaupten. Klassenmäßig bedeutet das, daß der größte Teil der Mittelmassen zu de Gaulle übergegangen ist.

Dieses Wahlergebnis signalisiert höchste Gefahr für die französische Arbeiterklasse. Die durch die Katastrophenpolitik von SP und Stalinpartei enttäuschten und demoralisierten Mittelmassen sind im Begriffe, dem faschistischen Flügel der Bourgeoisie in die Arme zu laufen, um morgen von diesem gegen das Proletariat geschleudert zu werden. Frankreich steht heute vor der gleichen Situation wie Deutschland 1932. Die tiefe ökonomische Ausweglosigkeit der französischen Bourgeoisie zwingt diese, die kostspieligen demokratischen Einrichtungen der bürgerlichen Demokratie zu beseitigen, die Organisationen der Arbeiterklasse zu vernichten, zur offenen Diktatur überzugehen. Dies ist die Absicht der Finanzbourgeoisie, des führenden, klarsten und entscheidendsten Flügel der Bourgeoisie bereits seit 1945. Damals mußte sie die mit dem Glorienschein des "nationalen Befreiungskampfes" versehene MRP vorschoben, die sich als "links"-bürgerliche oder Partei der "Mitte" bezeichnete. Der MRP gelang es, die durch die katastrophalen Existenzbedingungen revolutionierten Mittelmassen, die zum Proletariat tendierten, im Lager der Bourgeoisie zu halten. Dank der Koalitionspolitik von SP und Stalinpartei änderte sich aber das Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat immer mehr zugunsten der Bourgeoisie, gelang es dieser ihren Staatsapparat zu festigen und in demselben Maße verlor die Bourgeoisie und de Gaulle ihre "Sympathien" für die Demokratie. Heute kann de Gaulle bereits offen gegen die demokratischen Rechte und Freiheiten der Massen auftreten. Ein großer Teil der Mittelmassen sieht in ihm den "starken Mann", der sie vor dem "Kommunismus" retten wird. Die MRP und die anderen "Links"parteien der Bourgeoisie haben ihre Aufgabe, die Linksentwicklung der Mittelmassen aufzuhalten, erfüllt; sie können nun abtreten. Unter Führung der Finanzbourgeoisie tritt nun in der RPF die Bourgeoisie gegen den "Arbeiter"parteien gegenüber, bereit, sie bei der nächsten Gelegenheit zu liquidieren. In diesem Sinne bedeuten die Oktoberwahlen in Frankreich eine Niederlage der Parteien, denen die französische Arbeiterklasse heute noch folgt, eine Niederlage der SP und der Stalinpartei. "La Vie financière", das Organ der französischen Finanzbourgeoisie, feiert den Sieg de Gaulles als ihren Sieg: die Kurse an der Pariser Börse zeigten steigende Tendenz.

Ist es schon zu spät, kann die offene Diktatur der Bourgeoisie in Frankreich nicht mehr verhindert werden? Keineswegs ist es so weit. Die französische Arbeiterklasse hat durch die Politik der SP und Stalinpartei wohl eine parlamentarische Niederlage erlitten, aber außerhalb des Parlamentes wurde sie noch nicht geschlagen. Die Kampfkraft der Arbeiterklasse ist intakt. In der Woche vor den Gemeindewahlen ging eine neue Streikwelle durch Frankreich, dessen Höhepunkt der Streik der Untergrundbahnarbeiter in Paris war. Diese Streiks endeten siegreich für die Arbeiterklasse. Ramadier, der

ihnen "im Interesse des Wiederaufbaus, der Ruhe und Ordnung" entgegen getreten war, mußte vor den Streikenden kapitulieren; das von ihm eingesetzte Militär mußte zurückgezogen werden. Die stalinistischen Spitzen der Gewerkschaften haben sich unter dem Druck der streikenden Arbeiter, genau so wie bei dem Streik in den Renaultwerken im Mai, gezwungen gesehen, die Streiks anzuerkennen, dies aber nur, um die Kontrolle über die Entwicklung der Streiks nicht zu verlieren.

Mit dem Streik der Untergrundbahnarbeiter solidarisierten sich zahlreiche Großbetriebe und legten ebenfalls die Arbeit nieder. Das war ein wichtiger Schritt nach vorwärts. Die Arbeiter haben die Erfahrung gemacht, daß es notwendig ist, den Kampf zu erweitern und ihn zu verallgemeinern. Das ist eine wichtige Erfahrung! Hier liegt der Schlüssel, um die Lage zugunsten des Proletariats zu wenden: Nicht nur bei Streiks, die um Lohnforderungen gehen, muß es der Arbeiterklasse gelingen, ihre zusammengeballte Kraft einzusetzen, sondern erst recht in dem jetzt beginnenden Kampf zur Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten, im Kampf gegen de Gaulle. Der Kampf, der nun beginnt, wird zu einem Entscheidungskampf werden, dessen Ausgang für eine ganze Periode der Klassenkämpfe in Frankreich bestimmend sein wird. Die Kampf-Einheitsfront der Arbeiterklasse wird den Sieg de Gaulles verhindern. Doch welche Hindernisse hat das Proletariat hierbei zu überwinden, um zur einheitlichen Kampffront kommen zu können?

Das Proletariat muß die Sabotage der sozialdemokratischen und stalinistischen Führer brechen, die beide die Einheitsfront sabotieren und ihre Gegensätze auf dem Rücken der Arbeiterklasse austragen. Doch die Arbeiter sind aus eigenem dazu nicht imstande, sie bedürfen der Anleitung, der Führung durch die revolutionäre Partei. Hier liegt die entscheidende Aufgabe der PCI. Die PCI muß zur Taktik der Einheitsfront gegenüber der SP, der Stalinpartei und den Gewerkschaften übergehen. Sie muß dabei die wichtigen Erfahrungen der deutschen Arbeiterklasse aus den Jahren 1931 bis 1933 berücksichtigen. Die Einheitsfrontpolitik der PCI darf nicht opportunistisch sein. Sie darf sich nicht auf Spitzenangebote an die Führungen der Verratsparteien beschränken; sie darf niemals vergessen, daß weder die sozialdemokratischen noch die stalinistischen Spitzen einen wirklichen ernsthaften Kampf wollen, sondern im besten Fall davon reden werden, um ihn desto sicherer verhindern zu können. Die Einheitsfrontpolitik der PCI darf aber auch nicht in die Kinderkrankheit des Radikalismus verfallen. Unsere französischen Genossen dürfen niemals vergessen, daß die großen Massen der französischen Arbeiter zwar gegen de Gaulle kämpfen wollen, daß sie aber diesen Kampf vorläufig führen wollen nur gemeinsam mit ihren Führern, nur unter Anleitung ihrer Parteien, denen sie noch immer Gefolgschaft leisten. Die Einheitsfrontpolitik der PCI muß also so beschaffen sein, daß sie die Spitzenangebote an die SP und Stalinpartei verbindet mit einer Kampagne unter den Arbeitermassen für ein konkretes Kampfprogramm, daß sich aus vom Standpunkt dieser Massen annehmbaren und vernünftigen Forderungen zusammensetzt. Das Übergangsprogramm der IV. Internationale muß der PCI als Grundlage für die Erstellung eines solchen Kampfprogrammes dienen.

In der nächsten Periode wird es von entscheidender Bedeutung sein, ob die PCI eine realistische und ernsthafte Einheitsfrontkampagne zu führen imstande ist.

In der "Vérité" vom 31. Oktober 1947 veröffentlicht das politische Büro der PCI und das nationale Büro der sozialistischen Jugend einen gemeinsamen Aufruf, der die französischen Arbeiter zur sofortigen Aktionseinheit gegen die gaullistische Gefahr aufruft. Der Aufruf gibt eine realistische Analyse der Lage und bringt eine Reihe brauchbarer Kampflosungen. Aber dieser Aufruf schneidet mit

keinem Wort die entscheidende Frage, die Machtfrage, an. Er spricht mit keinem Wort davon, was Kommunisten immer wieder der Arbeiterklasse in Verbindung mit Übergangslösungen sagen müssen: daß unter den Bedingungen des niedergehenden Kapitalismus die primitivsten Forderungen der Arbeiterklasse durchgesetzt, erkämpft, verwirklicht werden können im konsequenten Kampf gegen die Bourgeoisie, daß dieser aber verlangt den Kampf um die Tagesforderungen mit dem Kampf für unsere sozialistischen Ziele, für die revolutionären Endlösungen zu verbinden. Konkret gesprochen heißt das: Die Diktatur de Gaulle, das heißt die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, der weiße Terror, die gesteigerte Ausbeutung der Arbeiterklasse kann nur verhin-

ooo

Eine Pariser Zeitung schrieb am 24. August 1944 in einer großen Schlagzeile: "Um 15 Uhr, vom Arc de Triomphe bis zu Notre-Dame jauchzt das einmütige Volk dem General de Gaulle zu." - Diese Zeitung war kein Organ der französischen Bourgeoisie, sondern die "Humanité", das Zentralorgan der französischen Stalinpartei.

ooo

dert werden, wenn die französische Arbeiterklasse die Machtverhältnisse grundlegend ändert, die Bourgeoisie stürzt und deren Drohung mit der Diktatur de Gaulles die Perspektive der Diktatur des Proletariats entgegenstellt.

Diese entscheidendste Frage heute zu umgehen, zu verschweigen, ist Opportunismus. Der Aufruf der PCI und der sozialistischen Jugend versucht, diese Frage zu umgehen. Er stellt der Diktatur de Gaulles ganz bescheiden ganz am Schluss und nur in Kleindruck, die Losung der "Arbeiter- und Bauernregierung" gegenüber. Diese Losung wird von der PCI schon seit Jahren gegeben, ohne ein einziges Mal auszusprechen, welchen Klasseninhalt sie hat, daß sie nämlich den Spezialfall einer Regierung von SP, Stalinpartei und Gewerkschaften mit einem antikapitalistischen Programm innerhalb des kapitalistischen Staates darstellt, einem Spezialfall, der wohl möglich aber nicht sehr wahrscheinlich ist. Die PCI macht aber aus dieser theoretischen Möglichkeit ein Wunderrezept, das ihr eine wirklich revolutionäre Politik ersetzen soll.

Die Verbindung des Kampfes für die Übergangslösungen mit der Propaganda für die revolutionären Endlösungen hat doppelte Bedeutung. Erstens gibt sie dem täglichen Kampf der Arbeiterklasse Ziel und Richtung. Zweitens erleichtert sie aber die revolutionäre Mobilisierung der Massen. Es gehört zum wohlerwogenen Plan der französischen Kapitalisten, die Arbeiter sich tot streiken zu lassen. Streiks allein mit dem Ziel von Lohnerhöhungen, Schaden der Bourgeoisie nur wenig. Solange die Machtverhältnisse nicht geändert, solange der Bourgeoisie die Verfügung über die Produktionsmittel und die politische Macht nicht entrissen wird, wird sie jede Lohnerhöhung durch die nachfolgenden Preiserhöhungen mehr als wett machen. Die Politik des Kampfes für ein gesichertes Existenzminimum, ohne den Arbeitern zu sagen, das dieses in dieser konkreten Lage des französischen Imperialismus eine Illusion ist, das diese nicht erkämpft, nicht gesichert werden kann innerhalb des kapitalistischen Staates, innerhalb der sogenannten 4. Republik, diese Politik führt nur zur Ermattung der Arbeiterklasse und zur Verbesserung der Chancen de Gaulles.

Doch nicht nur die grundsätzliche Haltung der PCI entspricht nicht dem Programm der IV. Internationale, auch ihr taktisches Verhalten ist äußerst ungeschickt.

Die PCI kandidierte bei den Gemeindewahlen in einigen Bezirken auf gemeinsame Listen mit der sozialistischen Jugend und den

"Komitees revolutionärer Arbeiter". Die Listen der "Revolutionären Einheit" erhielten weniger Stimmen als vor einem Jahr die Listen der PCI allein. Dieses Ergebnis ist nicht so katastrophal, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Was waren die Ursachen der Wahlniederlage der PCI? Die Frage ist: War es überhaupt notwendig, zu kandidieren? Wäre es nicht viel wichtiger gewesen, die ganze Kraft der revolutionären Organisationen darauf zu verwenden, SP und Stalinpartei durch Propaganda unter ihrem Arbeiteranhang zu zwingen, ein Wahlbündnis auf Grund eines Aktionsprogrammes zu schließen, um der geeinten Konterrevolution die geeinte Kraft der Arbeiter entgegenzustellen? Ein solches Aktionsprogramm hätte die PCI vorgeschlagen und damit vor die Arbeiter treten müssen. Wir sind nicht so einfältig, zu glauben, daß Ramadier und Thorez sofort nach diesem Programm gegriffen und es zu dem ihren gemacht hätten. Bestimmt wären auch durch eine solche Aktion der PCI getrennte Listen von SP und Stalinpartei, die lokalen Wahlbündnisse der "Arbeiter"parteien mit kapitalistischen Parteien nicht verhindert worden. Aber der Einfluß der PCI innerhalb der Arbeitermassen wäre gestiegen, wenn sie als Partei das ausgesprochen hätte, was die gesamte Arbeiterklasse fühlt: Daß nur die geeinte Aktion der Klasse den Sieg de Gaulles verhindern kann. Die PCI hätte den Ernst ihrer Politik durch diese Einstellung zu den Wahlen vor der Arbeiterklasse beweisen können; sie hätte nicht durch Aufstellung eigener Listen zur Stimmenzersplitterung beitragen müssen.

Bei richtiger Politik hat die PCI alle Chancen für sich, in den Massen Fuß zu fassen, zur führenden Partei innerhalb der Arbeiterklasse zu werden. Aber richtig wird diese Politik nur sein, wenn sie eine kluge realistische Taktik mit der Treue zu den proletarisch-revolutionären Prinzipien verbindet. Leider entspricht die gegenwärtige Politik der PCI nicht diesen Forderungen.

Auf der PCI lastet eine große historische Verantwortung. Frankreich kann das Sprungbrett der Weltrevolution werden. Ein Sieg de Gaulles würde der Ausgangspunkt für eine neue konterrevolutionäre Welle, würde das unmittelbare Vorspiel zum dritten imperialistischen Weltkrieg sein. Das französische Proletariat hält somit eine Schlüsselposition in der Kampffront des Weltproletariats. Die PCI ist dafür verantwortlich. Wir sind überzeugt, daß sie im Feuer der kommenden Kämpfe nicht nur dem Proletariat vorangehen, sondern daß sie vor allem auch lernen wird.

x x x

DER PARTEITAG DER SPÖ

Wer die Berichterstattung der "AZ" über den Parteitag las, dem konnte nicht entgehen, daß sich diese bemühte, den Eindruck einer absoluten Einheitlichkeit der SP in allen entscheidenden Fragen zu erwecken. Dem war jedoch keineswegs so; sogar im frisierten Bericht der "AZ" scheinen die großen Gegensätze durch, die heute bereits die SP zerreißen. Die Vorbereitung des Parteitages durch den Parteivorstand entsprach übrigens vollkommen der Berichterstattung der "AZ" über ihn: die von den offenen Rechtselernen beherrschte Parteitagspitze war sich bewußt, daß ihre Politik im Arbeiteranhang der Partei auf großen Widerstand stoßt und dort abgelehnt wird; sie war daher bemüht, den Parteitag bürokratisch vorzubereiten, um die zu erwartende Kritik möglichst abzuschwächen. Die Resolutionen und An-

träge der Bezirksorganisationen wurden nicht wie im Vorjahr von der "AZ" veröffentlicht, sondern in einem eigenen Heftchen den Delegierten erst kurz vor der Eröffnung des Parteitages zugänglich gemacht, und +) Resolutionen, wie z.B. die der Sozialistischen Jugend, auch hier nur gekürzt und entstellt wiedergegeben.

Der Parteitag war in einer Zeit der Zuspitzung der allgemeinen Lage Österreichs zusammengetreten und es waren vor allem zwei Fragen zu behandeln, die beide von größter Bedeutung für die Politik der österreichischen Arbeiterklasse sind: die nach dem Verhältnis der SP zum Klassenfeind, zur Bourgeoisie und ihrer Partei, der ÖVP und die der Besetzung des Landes und der Mittel, um diese so rasch als möglich zu beendigen, also die Frage der Außenpolitik. Welche Antwort gab der Parteitag auf diese dringenden Probleme, welchen Auftrag gab er dem neugewählten Parteivorstand auf den Weg mit? Um es gleich vorweg zu nehmen: die SP wiederholte das alte Spiel, das sie nunmehr schon über zwei Jahre lang betreibt. Den wirklich entscheidenden Fragen, einer prinzipiellen Untersuchung ihrer Grundlinie wich sie geschickt aus und es gelang ihr sogar, ein Mandat über die weitere Fortsetzung der offenen Koalition mit der Bourgeoisie zu bekommen. Und um die Empörung der Arbeiter über die unvermeidlichen Ergebnisse der Koalitionspolitik zu dämpfen, wiederholt sie ihren alten Trick, indem sie an Stelle eines wirklichen, ernsthaften Kampfes gegen die Verelendungsoffensive der Bourgeoisie mit einem neuen papierernen Programm aufwartete. Zu dem Zwölfpunkteprogramm, dem Sechspunkteprogramm und dem Fünfpunkteprogramm kam nun neuerlich ein sogenanntes "Aktions"programm hinzu, das sogar mehr Punkte aufweist als alle vorangegangenen Programme zusammen, daß aber das gleiche Schicksal erleiden wird wie diese, nämlich auf dem Papier zu bleiben. Der Zweck aller derartigen "Programme" ist, den Arbeitern einen Kampf vorzutäuschen; ihre Wirkung war bisher, daß die Arbeiter darauf hereingefallen sind und sich immer wieder für ein paar Wochen beruhigen ließen. Die diversen "Aktions"programme der SP werden nur zu dem Zweck beschlossen, um wirklichen Aktionen ausweichen zu können. Denn alle diese Programme ändern nichts an der Grundlinie der SP, an deren Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse und an den zwangsläufigen Folgen einer solchen Politik für das Proletariat. Greifen wir einige für die österreichische Arbeiterklasse wichtige Frage heraus und sehen wir zu, welche Antwort der Parteitag darauf gab.

Die Verelendungsoffensive der Bourgeoisie und die SP

Ende Juli wurde das sogenannte Lohn-Preisabkommen abgeschlossen. Im Zusammenhang damit beschloß der Nationalrat eine Reihe von Gesetzen, die laut der "AZ" vom 31.7. "in sehr entscheidender Weise auf die Lebenshaltung von vielen hunderttausend Menschen zurückwirken werden. Nationalrat Migsch hat in seiner eindrucksvollen Rede im Namen der Sozialistischen Partei ausgesprochen, daß die neue Preis- und Lohnregelung der österreichischen Wirtschaft lediglich eine Atempause schaffen soll, die zur Vorbereitung der Währungsreform und zu einer umfassenden Wirtschaftsplanung benützt werden muß. Nur dann habe die gestern beschlossene Regelung Sinn."

Von einer Arbeiterpartei hätten wir nun mit Recht erwarten dürfen, daß sie auf ihrem Parteitag, drei Monate nach Erlaß dieser "einschneidenden Gesetze die in sehr entscheidender Weise auf die Lebenshaltung von vielen hunderttausend Menschen zurückwirken werden", zu ihnen Stellung nimmt und untersucht, ob durch sie die Lebensverhältnisse der Arbeiter verbessert oder verschlechtert wurden. Die SP hat das nicht getan. In ihrem neuesten "Aktions"programm gibt es +) einzelne

so etwas wie ein Lohn-Preisabkommen oder die Frage des Arbeiterlohnes überhaupt nicht. Unter der Überschrift "Für das Lebensrecht der arbeitenden Menschen" gleitet sie mit einigen Forderungen allgemeinsten Art und einigen zu nichts verpflichtenden Floskeln darüber hinweg. Und ebenso hält sie es bei der mit dem Lohn-Preisabkommen in Verbindung stehenden Forderung nach "Sicherung der Währung". "Stabilisierung und Sicherung unserer Währung als Voraussetzung einer geordneten Wirtschaft - Schutz des kleinen Sparerers und Sicherung der Grundlagen für die Sammlung neuer Sparvermögen", heißt es da, Sätze, die in ihrer Banalität ebenso gut in irgendeinem ÖVP-Blatt stehen könnten.

Das Lohn- und Preisabkommen wirkt sich, und darin hat die "AZ" vom 29.7. ausnahmsweise einmal recht, wirklich in "sehr entscheidender Weise auf die Lebenshaltung von vielen hunderttausend Menschen aus". Wenn die SP auf ihrem Parteitag trotzdem an diesem Abkommen nicht einmal getippt hat; wenn in ihrem punktreichen "Aktions"programm gerade dieser für viele hunderttausende Arbeiter und Angestellte entscheidende Punkt verschwiegen, umgangen, "vergessen" wurde, dann hat das seinen Grund: er besteht darin, daß gerade hier die Auswirkungen der SP-Politik offen zutage treten; daß sich gerade hier zeigt, daß die Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie als unvermeidliches Ergebnis die Sanierung der letzteren auf Kosten der Arbeiter zur Folge hat.

Der Lohn- und Preisakt wurde abgeschlossen, um "der Wirtschaft eine Atempause zu geben"; er hat zu einer empfindlichen Senkung des Reallohnes geführt. Gerade das hätte die SP offen feststellen müssen, wenn sie eine wirkliche Arbeiterpartei wäre; gerade darum hätte sie auf dem Parteitag etwa so sprechen müssen: "Das Lohn-Preisabkommen hat nicht gehalten, was wir uns bei seinem Abschluß versprochen haben. Die Arbeiter sind seither nur noch ärmer geworden; der Reallohn ist gesunken, die Lebenshaltungskosten gestiegen. Nun wollen wir untersuchen, wie sich das Abkommen auf die Unternehmergewinne ausgewirkt hat, ob diese ebenfalls gesunken sind. Um dies festzustellen, dürfen wir uns nicht auf die Angaben der Kapitalisten verlassen, die bekanntlich immer vom Daraufzählen leben. Das Betriebsrätegesetz gibt den Vertretern der Arbeiterschaft das Recht, in die kaufmännische Gebarung der Betriebe Einsicht zu nehmen und diese zu überprüfen. Da es jetzt um eine Lebensfrage vieler hunderttausender Arbeiter und kleiner Angestellter geht, wollen wir nun von diesem Recht endlich einmal einen ernsthaften Gebrauch machen. Wir verlangen die Kontrolle der Unternehmergewinne durch den Gewerkschaftsbund, dessen stärkste Fraktion wir sind. Die hierzu erforderlichen Unterlagen werden uns unsere Betriebsräte liefern. Wir wollen darüber hinaus, daß festgestellt wird, welche Warenmengen von einem bestimmten Zeitpunkt an ins Ausland exportiert wurden und was mit dem Erlös hierfür geschehen ist. Und wenn sich herausstellen sollte, daß seit Ende Juli die Unternehmergewinne im Gegensatz zum Arbeitslohn gleich geblieben oder gar gestiegen sind, dann verlangen wir die Sanierung des Arbeitslohnes auf Kosten des kapitalistischen Profits. Kontrolle der Unternehmergewinne durch die Gewerkschaften in engster Zusammenarbeit mit den Betriebsräten! Kontrolle der Produktion und Verteilung, um zu verhindern, daß sich die Erholung der Wirtschaft auf Kosten der Arbeiter und kleiner Angestellten vollzieht..."

Einen ähnlichen Standpunkt müßte die SP bei der Währungsreform einnehmen. Sie müßte sagen: "Es wird in Österreich heute bereits genug erzeugt, und nicht alles geht auf dem Konto alliierter Reparationen kostenlos ins Ausland ab. Für die Arbeiter und kleinen Angestellten sind die wichtigsten Gebrauchsgüter unerschwinglich; sie arbeiten heute unter den schwierigsten Bedingungen und erhalten für ihre Mühen wertloses Papier. Währungsreform? Ja, aber nicht so, daß die Arbeiter noch ärmer werden, nicht auf Kosten der Arbeiter,

der Angestellten, der kleinen Sparer! Die bürgerlichen Finanzsachverständigen erzählen uns, daß es notwendig ist, den "Schillingüberhang" abzuschöpfen, um die Währung zu reformieren. Sie erzählen uns, daß es notwendig ist, wenn der Schilling nicht zu einem gänzlich wertlosen Stück Papier werden soll, die paar Milliarden Schillinge zu streichen, die die Sparkonten ausmachen und die sich zum größten Teil aus Guthaben unter 5000 Schilling, aus Guthaben von Arbeitern, Angestellten und kleinen Geschäftsleuten zusammensetzen. Wir stellen fest: in den Jahren der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrise konnten sich die Arbeiter nichts ersparen; ihre Guthaben stammen zum Großteil aus der Zeit des Hitlerkrieges, als sie ihren Lohn nicht mehr in Waren umsetzen konnten. Wir fragen: Wenn Arbeiter und kleine Angestellte während des Krieges Milliarden Schillinge ersparen konnten oder besser gesagt, ersparen mußten, trotzdem der Lohn durch die Nazisteuern aufs Äußerste beschnitten war, welche Summen haben dann die Kapitalisten verdient, deren Fabriken Tag und Nacht gearbeitet haben, die für den Krieg geliefert haben noch und noch? Wo sind die Kriegsgewinne hingekommen, die "auf jene Unternehmungen bezogen, die heute noch Eigentum österreichischer Kapitalisten sind, die viel größer sein müssen als jene wenigen Milliarden der kleinen Sparer? Rechnungslegung aller Unternehmungen über ihre Kriegsgewinne, restlose Erfassung und Konfiskation der Kriegsgewinne als Vorbedingung einer Währungsreform im Interesse der Massen! Erfassung aller geheimen Konti der Kapitalisten in Zusammenarbeit mit den kleinen Angestellten der Geldinstitute, Erfassung aller in Betrieben und Magazinen gehorteten Warenvorräte als weitere Vorbedingung einer solchen Währungsreform!..." So also hätte die SP auf ihrem Parteitag sprechen müssen, wenn sie wirklich das wäre, was sie vorgibt zu sein - eine Arbeiterpartei. Sie hat das nicht getan und sie konnte es nicht tun. Eine solche Politik hieße die Profite der Kapitalisten zugunsten der Massen beschneiden, eine solche Politik wäre nur zu führen im schärfsten Kampf gegen die Bourgeoisie. Gerade das kann die SP nicht, denn ihre Grundlinie war, ist und wird sein die Koalition mit der Kapitalistenklasse, als deren treuer Lakai sie handelt.

Die SPÖ rechtfertigt diese Zusammenarbeit mit dem Argument, daß in Österreich die Arbeiterklasse nicht gegen die Bauern und darum die SP nicht ohne die ÖVP regieren könne. Sie sagt, daß bei einer Politik gegen die Bauern diese vollends die Städte und Industriezentren aushungern würden. Aber es ist garnicht wahr, daß die Zusammenarbeit mit "den Bauern" die Zusammenarbeit mit der ÖVP verlangt. Die "Bauern", das ist eine Abstraktion. Es gibt Großgrundbesitzer und Großbauern, d.h. Agrarkapitalisten und Dorfbourgeois. Es gibt eine bedeutende Anzahl Mittelbauern, die nur in sehr beschränktem Ausmaß oder überhaupt nicht fremde Arbeitskraft ausbeuten. Es gibt die große Masse der Kleinbauern und der Keuschler, deren Stück Boden nicht hinreicht, um davon sich und ihre Familie zu ernähren und die darum ihre Arbeitskraft verkaufen müssen; das sind die Halbproletarier. Und es gibt schließlich die große Masse der bäuerlichen Arbeiterschaft, der Dorfarmut, des Agrarproletariats. Die Aufgabe besteht darin, den Klassenkampf ins Dorf zu tragen und gestützt auf die Dorfarmut, die Halbproletarier für das Proletariat zu gewinnen, die bäuerliche Mittelschicht zu neutralisieren und das Großbauertum und den Großgrundbesitz schonungslos zu bekämpfen. Eine solche Politik, die die bäuerlichen Massen mit der Arbeiterklasse verbindet, setzt den Bruch mit der Bourgeoisie voraus. Das Übergangsprogramm der IV. Internationale sagt hierzu: "Solange der Bauer ein "unabhängiger" kleiner Produzent bleibt, braucht er billigen Kredit, erschwingliche Preise für landwirtschaftliche Maschinen und Düngemittel, günstige Transportbedingungen und eine rechtschaffene Orga-

nisierung des Absatzes der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Indessen, die Banken, Trusts und Händler bestehlen den Bauern nach Strich und Faden. Dieser Ausplünderung können nur die Bauern selbst, mit Unterstützung seitens der Arbeiter, Einhalt gebieten. Kleinbauernkomitees müssen in Erscheinung treten und gemeinsam mit den Arbeiterkomitees und den Komitees der Bankangestellten die Kontrolle über Transport-, Kredit- und Handelsoperationen, die die Landwirtschaft betreffen, selber in die Hand nehmen.

Die Großbourgeoisie weist fälschlicherweise auf die "maßlosen" Ansprüche der Arbeiter hin, um aus der Frage der Warenpreise künstlich einen Keil zu machen, den sie dann zwischen die Landarbeiter und die Bauern, die Arbeiter und das Kleinbürgertum der Stadt treibt. Der Bauer, Handwerker und Kleinhändler kann zum Unterschied vom Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten keine dem Steigen der Preise entsprechende Lohn- und Gehaltserhöhung fordern. Der offizielle bürokratische Kampf gegen die Teuerung dient zum Betrug der Massen. Die Bauern, Handwerker und Krämer können sich aber als Verbraucher, Hand in Hand mit den Arbeitern, aktiv in die Preispolitik einmischen. Auf die Klage der Kapitalisten über Produktions-, Transport- und Handelskosten antworten die Verbraucher: "Zeigt eure Bücher vor, wir verlangen Kontrolle über die Preispolitik". Organe dieser Kontrolle sollen Preiskomitees sein, bestehend aus Delegierten der Fabriken, der Gewerkschaften, Genossenschaften, der Organisationen der Farmer, des kleinen Mannes der Stadt, der Hausfrauen usw. Auf diese Weise werden die Arbeiter den Bauern zu beweisen wissen, daß nicht die hohen Löhne die Ursache der hohen Preise sind, sondern die unmäßigen Gewinne der Kapitalisten und die toten Unkosten der kapitalistischen Anarchie.

Die SP treibt durch ihre Koalitionspolitik die bäuerlichen Massen zwangsläufig in die Hände der Bourgeoisie. Gerade die Koalitionspolitik ermöglicht es der ÖVP, die bäuerliche Ablieferungs-sabotage zu organisieren. Daß die SP-Politik in Wirklichkeit keine "Zusammenarbeit der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft" ist, bewies am besten das Auftreten der Vertreter der Arbeitsbauern auf dem Parteitag, die sich bitter über die SP-Politik, die den Großgrundbesitzern und Großbauern fette Geschäfte auf Kosten auch der bäuerlichen Massen ermöglichen, beschwerten.

Bodinger erhob namens des Verbandes der Arbeitsbauern gegen die Parteileitung die Anschuldigung, daß sie den seit einem Jahr eingebrachten eigenen Gesetzentwurf zur Bodenreform sabotiere. Während 215.208 kleine Betriebe insgesamt 49% der Gesamtbetriebe stellen, besitzen sie nur 0.1% der Gesamtbetriebsfläche. Demgegenüber besitzen 61.180 großbäuerliche Betriebe, das sind nur 14% der Gesamtbetriebe 26.8% der Gesamtbetriebsfläche und 6474 Großbetriebe über 100 Hektar, das sind 1% der Gesamtbetriebe, besitzen 45.3% der Gesamtbetriebsfläche. Bodinger kündigte für den Fall, daß die Forderungen der Arbeitsbauern nach einer Bodenreform weiterhin mißachtet werden sollten, die Einberufung eines eigenen sozialistischen Bauerntages an, auf welchem dann die Arbeitsbauern ihr Agrarprogramm in voller Offenheit proklamieren werden. "Wir Arbeitsbauern wollen keine Bauernfänger sein", rief Bodinger am Schluß seiner energischen Rede aus. Die ÖVP vertritt die Interessen der Großgrundbesitzer und Großbauern; sie ist selbstverständlich gegen die Bodenreform. Die SP ist selbstverständlich auch in dieser Frage die Gefangene der ÖVP.

Ohne das Verhältnis zu den bäuerlichen Massen neu zu regeln, ohne eine Politik zu betreiben, die energisch und konsequent die Interessen der Dorfarnut und der Kleinbauern vertritt, ohne rücksichtslos gegen die Dorfbourgeoisie und den Großgrundbesitz zu kämpfen, wird die Bourgeoisie immer die Möglichkeit haben, dem Proletariat

mit der Hungerpeitsche der bäuerlichen Ablieferungssabotage zu drohen. Eine solche Politik, die den Klassenkampf ins Dorf trägt, setzt den Bruch der Koalition mit der Bourgeoisie voraus. Wer die bäuerlichen Massen in Österreich zur Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse gewinnen will, der muß die ÖVP wie die Pest bekämpfen. So aber sehen wir, daß die Zusammenarbeit mit der Partei der österreichischen Kapitalisten zur Preisgabe der Arbeiterinteressen in so fundamentalen Fragen führt, wie es das Lohn-Preisabkommen, die Währungsreform und die Ernährung der Industriearbeiterschaft ist.

Die außenpolitische Linie der SP

Bekanntes sich auf dem Gebiet der Innenpolitik die SP eindeutig zur Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, so war ihre Sprache in bezug auf die Probleme der Außenpolitik bedeutend vorsichtiger und versteckter. Der alte Fuchs Julius Deutsch entwickelte in seinem Referat nochmals die Konzeption der sogenannten "dritten Kraft", des "demokratischen Sozialismus", der sich weder dem amerikanischen noch dem sowjetischen Block anschließen wolle, sondern beiden gegenüber neutral zu bleiben wünsche. "Wir schließen uns keinen der beiden Machtblöcke an. Wir lehnen es ab, in den Machtkämpfen zweier Großmächte eine Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus zu erblicken. Wir wollen uns von niemand als Vorspann gebrauchen lassen - weder von den einen, noch von den anderen."

Die Politik der SPÖ ist auf den englischen Imperialismus orientiert, der sich seinerseits in Schlepptau der USA befindet, mit deren Hilfe er steht oder fällt. Indessen ist sich die SP unklar darüber, wie weit die Absicht und die Möglichkeit des amerikanischen Imperialismus, jetzt schon die SU auch aus Mittel- und Osteuropa zu verdrängen, geht. Sie muß mit der Möglichkeit einer Zwischenetappe rechnen, die sie zu einer ähnlichen Zusammenarbeit mit der Stalinpartei und der Sowjetbürokratie zwingen könnte wie die ungarische oder die polnische SP. Die SP will sich nicht selbst den Weg endgültig verrammeln, um auch in einer solchen Lage ihre bürokratischen Positionen zu behalten. Darum ihre vorsichtige Sprache. Ein weiterer Grund hierfür ist in der Tatsache zu suchen, daß in der österreichischen Arbeiterklasse die antidemokratischen Methoden der Sowjetbürokratie auf eisige Ablehnung stoßen (wie die Resultate der Betriebsrätewahlen zeigen, bei denen die Stalinpartei sehr viel verloren hat), daß aber damit die Sympathien der Arbeiter für den anglo-amerikanischen Imperialismus keineswegs größer werden. Das Entscheidende aber ist, daß der Parteitag und das Referat von Julius Deutsch wie die von ihm vorgeschlagene außenpolitische Resolution keine Antwort auf die brennendste Frage gab: was muß das österreichische Proletariat machen, um gegen die Besetzung des Landes anzukämpfen? Welchen Preis verlangen die Alliierten für die endgültige "Befreiung" und wie stellt sich die SP zu diesem Preis? Was wird die SP tun, wenn es auch in London nicht zum Abschluß des berühmten "Staatsvertrages" kommt.

Wenn zweieinhalb Jahre nach Beendigung des Krieges Österreich noch immer von fremden Truppen besetzt ist, dann ist das nicht nur das Ergebnis der weltpolitischen Gegensätze zwischen SU und Imperialismus, sondern ebenso sehr das Ergebnis des Nichtstuns und des Verrats der sogenannten "Arbeiterparteien". Die Rolle der Stalinpartei ist ja klar: sie ist nichts anderes, als der Agent der sowjetischen Besatzungsmacht. Doch welche Rolle spielt die SP? Keinem vernünftigen Menschen kann einfallen, die österreichische Arbeiterklasse in einen aussichtslosen und verlustreichen Kampf mit den gut ausgerüsteten Besatzungstruppen sich verwickeln zu lassen. Doch es wäre

die Pflicht einer wirklichen Arbeiterpartei, angesichts der Fortdauer der Besetzung zu sprechen: "Die Alliierten haben dem österreichischen Volk die Freiheit versprochen. Sie haben dieses Versprechen nicht gehalten. Jene Voraussetzungen, unter denen wir uns seinerzeit bereit erklärt haben, an der Verwaltung dieses Landes mitzuwirken, existieren darum nicht mehr. Wir erheben vor der ganzen Welt gegen die Besetzung Österreichs Einspruch und lehnen als Zeichen des Protests jede weitere Mitwirkung an der Verwaltung dieses Landes ab. Sollen die Alliierten, die dieses Land besetzen und auf dessen Rücken ihre Gegensitze aufragen, auch die volle Verantwortung für die durch die Besetzung geschaffenen Zustände auf sich nehmen." Selbstverständlich kann die SP nicht so sprechen, denn dann würden mit einem Schlag ein paar zehntausend SP-Bürokraten samt ihren "Staatsmännern" arbeitslos.

oo		oo	
	Spendet für den K A M P F F O N D !		Selbstverständlich kann die österreichische Arbeiterklasse nicht, auf sich allein gestellt, sich ihre vollen demokratischen Rechte erkämpfen, kann sie nicht aus eigenem der Besetzung ein Ende machen. Aber sie kann sehr viel dazu beitragen, das Ende der Besetzung zu beschleunigen. Darüber hinaus ist es die Pflicht des Proletariats der besetzenden Länder, die österreichische Arbeiterklasse in ihrem Kampf zu unterstützen. Die österreichische Arbeiterklasse hat das Recht, an das englische, französische, amerikanische und russische Proletariat zu appellieren, damit dieses auf seine Regierung einen Druck zur Beendigung der Besetzung ausübe! Ein solcher Appell setzt eine internationale Politik und eine internationale Organisation voraus. Die Politik der SP ist nicht international. Indem sie mit der österreichischen Bourgeoisie in Koalition geht ist sie auch außenpolitisch auf Gedeih und Verderb mit ihr verbunden. Auf Gedeih - solange die Bourgeoisie mit einem "demokratischen" Imperialismus verbündet ist. Auf Verderb - wenn diese Bourgeoisie sich so wie 1934 oder 1938 mit einem "faschistischen" Imperialismus verbündet. Die SP setzt alles auf die Karte der englischen Labour Party und hofft zugleich mit dieser auf die Fortdauer der amerikanischen Dollar-Unterstützung. Sie will es sich auch nicht endgültig mit der Sowjetbürokratie verderben, weil man nicht wissen kann, was noch alles kommt. Auf die dem Proletariat einzig entsprechende außenpolitische Linie des proletarischen Internationalismus hat sie schon seit langem und endgültig verzichtet, denn diese Linie hat als oberste Richtschnur den Satz: "Der Feind eines jeden Volkes steht im eigenen Land!" Dieser Verzicht auf den proletarischen Internationalismus, das Lavieren auf der Basis des bürgerlichen Diplomatismus fand oben seinen Ausdruck in dem am Parteitag gehaltenen außenpolitischen Referat wie in der von ihm angenommenen Resolution.

Die Opposition auf den Parteitag

Die Unzufriedenheit des Arbeiteranhangs der SP mit den Ergebnissen der bisherigen Politik ist so groß, daß dies trotz aller+) Bluffmanöver des Parteivorstandes in den Verhandlungen des Parteitages zum Ausdruck kam. Zum Unterschied von vorjährigem Parteitag trat auf diesem eine Opposition auf, die weit stärker war und sich besser vorbereitet hatte als die des Vorjahres. Sie schied sich deutlich in zwei Gruppen. Die erste war die von dem Zentralsekretär Erwin Scharf geführte, die eine Resolution einbrachte, die von vierundvierzig Delegierten gefertigt war und einen schärferen Kurs gegen die ÖVP verlangte. Die politische Schwäche der Führung dieser +) bürokratischen Vorbereitungen und trotz aller

Gruppe besteht darin, daß sie mit der Sowjetbürokratie liebäugelt, auch wenn sie sich in Worten gegenüber der österreichischen Stalinpartei abgrenzt. Die Scharf & Co. gehören zu jenen SP-Bürokraten, die es sich, solange die Dinge nicht endgültig entschieden sind, mit der Sowjetbürokratie nicht verderben wollen und die darum gewisse Verbindungen zu dieser aufrechtzuerhalten wünschen. Es ist jene Gruppe von SP-Bürokraten, die auf ihrem Posten auch nicht in einer österreichischen "Volksdemokratie" verzichten will.

Die zweite Oppositionsgruppe kam von der Sozialistischen Jugend her; auch in ihr spiegelt sich jener Druck wider, den die mit der SP-Politik unzufriedenen Arbeiter auf die Parteibürokratie ausüben. Sie brachte eine Resolution ein, in der ein entschiedener Kampf gegen die ÖVP gefordert wird. In dieser Resolution heißt es: "Die entsetzliche Not unter der wir leiden, ist aber nicht nur die Folge des Krieges und der fremden Besetzung. Ein großes Maß an Schuld trifft die ÖVP. Diese bürgerliche Klassenpartei vertritt rücksichtslos die Interessen einer dünnen Schicht von Profitjägern, die sich an der Not des Volkes bereichern. Sie sabotiert jede Planung, sie verhindert jede gerechte Verteilung. Der ÖVP-Minister Krauland fordert die Arbeiterschaft heraus, indem er jede Form der Planwirtschaft planmäßig hintertreibt. Wir müßten nicht so hungern, würden die verantwortungslosen ÖVP-Politiker die Ablieferungspflicht nicht bewußt sabotieren. Sie brachen immer wieder getroffene Abmachungen, um die Profite der Gutsbesitzer und Großbauern zu schützen. Unerträgliches Elend hat die Wirtschaftspolitik der ÖVP über das österreichische Volk gebracht. Die ÖVP hat niemals mit ihrer austrofaschistischen Vergangenheit gebrochen. Sie erschwert heute die Demokratisierung des Staatsapparates. Noch immer stehen an ihrer Spitze ehemalige Träger des faschistischen Ständestaates. Noch immer verteidigt ihre Presse das autoritäre Regime von 1934-1938, das Hitler den Weg nach Österreich ebnete. Der Parteitag beschließt daher den Kampf gegen die ÖVP inner und außerhalb des Parlaments zu verschärfen. In der Presse und in Parteiverhandlungen muß eine eindeutige feste Sprache angeschlagen werden. Es ist der ÖVP klar zu machen, daß die SPÖ ihre vorübergehende Zusammenarbeit in der Konzentrationsregierung von der Haltung der ÖVP abhängig macht. Trotz der Konzentrationsregierung darf die Partei nicht darauf verzichten, den Klassenkampf zu führen. Das bedeutet in Österreich Kampf gegen die Volkspartei." Dieser Antrag wurde von 170 gegen 111 Stimmen abgelehnt, wobei die den Vorsitz führenden Rechtsoligarchen versuchten, bei der Abstimmung zu wogeln, sodaß die Zählung der Stimmen zweimal durchgeführt werden mußte.

Die politische Schwäche dieser Resolution liegt auf der Hand. Obwohl sie, da von der Jugend eingebracht, noch ergänzt wird von einigen konkreten Jugendforderungen (die wir unterstützen müssen), ist sie in ihrem politischen Teil zu allgemein und zu abstrakt. Es ist notwendig, ganz konkrete Forderungen zu stellen und auch die konkreten Kampfmaßnahmen vorzuschlagen, die zur Durchsetzung solcher Forderungen geeignet sind. Ohne diese Ergänzung verwandelt sich die "linkste" Resolution in eine linke Phrase. Doch die größte Schwäche dieser Resolution besteht darin, daß sie nicht grundsätzlich gegen die Koalitionspolitik Stellung nimmt. Die Forderungen der Arbeiterklasse sind nur auf Kosten der Bourgeoisie und nur im Kampf gegen sie durchzusetzen; die proletarischen Interessen verlangen gebieterisch den Bruch mit der Bourgeoisie und ihrer Partei. Trotz aller linken Stimmungen innerhalb des Arbeiteranhangs der SP kam diese entscheidende Forderung nach einer grundsätzlichen Umstellung der SP-Politik auf dem Parteitag nicht zum Ausdruck. Damit hat, trotz aller Schwierigkeiten, die ihnen die Opposition bereitet hat, der von den Scharf, Helmer & Co. geführte Rechtsblock gesiegt.

DAS BUNDESFINANZGESETZ 1948 - EINE QUELLE SCHÄRFSTER

MASSEBESTEUERUNG

Die Beteiligung an den Budgetberatungen im Parlament und die Kritik an der Steuer- und Finanzpraxis des bürgerlichen Staates war in früheren Zeiten eine der wichtigsten propagandistischen Aktionen der alten Sozialdemokratie, indem sie die parlamentarische Tribüne benützte, um auf Grund unbestechlicher Zahlen den Massen zu zeigen, von wo sich der Staat das Geld holt und für welche Zwecke er es wieder ausgibt: aus den Taschen der großen Massen für die Zwecke der herrschenden Klasse! - leistete sie eine bedeutende Erziehungsarbeit, um den Massen die Augen über den Klassencharakter des Staates zu öffnen. Darum stimmte die SP auch bis 1914 gegen das Gesamtbudget und gab damit dem unversöhnlichen Gegensatz des Proletariats zum kapitalistischen Staat Ausdruck. Nach ihrem offenen Übergang in das Lager der Bourgeoisie änderte sich auch auf diesem Gebiet die Praxis der SP; sie stimmte nun prinzipiell für das Budget und meckert nur noch hier und dort an Einzelheiten herum, obwohl das Budget des bürgerlichen Staates infolge des rapiden Verfalls des Kapitalismus den Massen immer größere Lasten auferlegt. Auf dieser Linie handelt auch jetzt die SPÖ, wobei sie nicht zurückscheut, diese Machinationen vor dem Proletariat einfach zu verhüllen, indem sie in ihrer Presse über die Budgetberatungen im Parlament nur kurze, nichtssagende, lapidare Sätze bringt. Was beinhaltet nun dieses "Notbudget" der "Konzentrationsregierung" für die breiten Massen?

1. Ein weiteres Aufblühen des Staatsapparates, was bei der Hoheitsverwaltung allein ein Plus von 45.000 Bediensteten gegenüber dem Jahre 1938 ergibt und dessen Kosten einschließlich der Staatsbetriebe und Pensionisten sich auf 2400 Millionen Schilling, also fast die Hälfte aller Ausgaben, beläuft.
2. Die summennäßig größte Steuer ist die Tabaksteuer mit allein 1162 Millionen gegenüber 579 Millionen im Jahre 1947. So ergibt sich, wie Honner im Budgetausschuß bemerkte, "als Achse des ganzen Budgets wieder die Tabaksteuer, von der mindestens 60% die Arbeiter und Angestellten tragen. Wobei noch hinzuzurechnen sei die Biersteuer, die Wein-, Zucker- und Zündwarensteuer, sowie mindestens 20% der Umsatzsteuer, die auf die Arbeiter und Angestellten überwältzt werden; berechnet man weiter, daß Arbeiter und Angestellte 50% der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung aufzubringen haben (die mit 380 Millionen veranschlagt sind, während nur 128 Millionen an Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt werden), so ergibt sich, daß die 1.8 Millionen Arbeiter und Angestellte Österreichs zirka 1600 Millionen Schilling, also fast 50% der gesamten Staatseinnahmen auf dem Gebiet der Hoheitsverwaltung zu tragen haben. Im Durchschnitt zahlt jeder österreichische Arbeiter und Angestellte mit Einbeziehung der Rentner und Pensionisten 850 Schilling jährlich an den Staat, wozu noch die Gemeindesteuern und Umlagen kommen."

Das Budget beinhaltet so die schärfsten und drückendsten direkten und indirekten Massensteuern, für die die Gesamtregierung einschließlich der Stalinpartei mitverantwortlich ist, während die Kapitalisten offene Steuersabotage betreiben, wie die Hintertreibung der vorgeschriebenen Abgaben an die Exportausgleichskasse seitens der Unternehmer zeigt, in die sie bis jetzt bei einer Gesamtvorschreibung von 54 Millionen erst zwei Millionen eingezahlt haben.

STREIFLICHTER:

Molotow und der Internationalismus. In seiner Rede vor dem Moskauer "Sowjet" am 6.11.47 erklärte Molotow folgendes zur Gründung des sogenannten "Kommunistischen" Informationsbüros:

"Die Erfahrung hat gezeigt, daß die kommunistische Bewegung von heute und in vielen Ländern so gewachsen, so erstarbt ist, daß es bereits unmöglich ist, die Leitung dieser Bewegung von einem Mittelpunkt aus zu verwirklichen. Darin sehen wir einen der hervorragenden Erfolge des Kommunismus in unserer Zeit."

In Wirklichkeit wurde die Komintern 1943 nicht aufgelöst, weil die "kommunistische Bewegung" schon so groß war, daß sie von "einem Mittelpunkt" aus nicht mehr zu leiten war, sondern um den westlichen "Alliierten" der Sowjetbürokratie, den Roosevelt und Churchill zu "beweisen", daß die Krenclclique jeden Gedanken an eine internationale Revolution aufgegeben habe und stramm russisch-national geworden sei. Die Auflösung der Komintern war kein "hervorragender Sieg des Kommunismus unserer Zeit", sondern nur der Schlußstrich unter eine Politik, die durch fünfzehn Jahre das internationale Proletariat von Niederlage zu Niederlage geführt und damit "den Kommunismus unserer Zeit" unendlich geschadet hat. Die stalinistische Politik war international der Form und der Phrase nach, in der Tat aber russisch-national. Seit 1943 hat diese Politik auch die "internationale" Phrase aufgegeben und geht "patriotisch" getarnt. Der proletarische Internationalismus hat aber seine Vorkämpferin in der IV. Internationale gefunden.

Nichts gelernt und nichts vergessen! Als 1933 infolge der stalinistischen Katastrophenpolitik die deutschen Kapitalisten die faschistische Diktatur aufrichten konnten, da wurde jeder aus der KPD ausgeschlossen, der dies als Niederlage der deutschen Arbeiterklasse zu bezeichnen wagte. Die stalinistischen Führer behaupteten, daß Hitler in wenigen Wochen abwirtschaften würde und daß seine Machtergreifung ein "Pyrrhussieg" sei. Hitler hat abgewirtschaftet, aber nicht "nach wenigen Wochen", sondern erst nach zwölf Jahren und nicht, ohne Europa vorher in einen Trümmerhaufen zu verwandeln. Vor einigen Tagen schrieb die stalinistische "Volkstimme" neuerlich: "Wir haben bereits mehrmals festgestellt, daß der Sieg de Gaulles ein wahrer Pyrrhussieg ist. Ausgezogen war er, um die Kommunistische Partei zu vernichten, heimgekehrt ist er als Zertrümmerer der bürgerlichen Parteien....." Der Stalinismus wiederholt jene Politik, die in Deutschland vor vierzehn Jahren den Faschismus ermöglicht hat. Dieselben Phrasen - dasselbe Ergebnis! Nichts gelernt und nichts vergessen!

Eine Wendung der Stalinpolitik in Frankreich? Thorez übte nach den Gemeindevahlen vor dem ZK Kritik an der Parteilinie. Er bezeichnete die Volksfrontpolitik als einen verhängnisvollen Irrtum, da sie nur ein Bündnis mit den verräterischen Spitzen der SP und der Radikalsozialisten gewesen sei. Derselbe Fehler sei dann in der Widerstandsbewegung wiederholt worden, man habe durch das Bündnis in der Führung den anderen (SP, MRP, Radikalen) die Möglichkeit gegeben, die Interessen des französischen Volkes zu verraten. - Die französische Stalinpartei hat alles getan, um sich koalitionsfähig zu machen: sie hat die Arbeiter in den kapitalistischen Wiederaufbau hineingepreßt, sie hat für die Kriegskredite gestimmt, sie hat die "Humanité" in ein chauvinistisches Hetzblatt verwandelt - alles war vergeblich, die französische Bourgeoisie orientierte sich nach USA

und gab der Stalinpartei den Fußtritt. Wer aber nun glaubt, daß die Thorez & Co. aus der Vergangenheit gelernt haben, der irrt sich gewaltig. Thorez schlug zur Abwehr der gaullistischen Gefahr den französischen Arbeitern vor, die "Zusammenarbeit mit allen ehrlichen Republikanern" zu suchen und "Komitees zur Verteidigung der Republik" und "Komitees zur Verteidigung der Industrie" zu bilden. Die Koalitionspolitik ist tot - es lebe die Koalitionspolitik!

Die amerikanische Bourgeoisie provoziert - aber die Stalinpartei weicht zurück. M. David Lodge, Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses erklärte jüngst an die Presse: "Die USA müssen an den Konflikten der Friedenszeit so teilnehmen, wie sie an den Kriegen teilnahmen. Sie müssen ihre anti-kommunistische Propaganda in Europa verstärken". Die amerikanische Bourgeoisie bereitet also bewußt den nächsten Krieg gegen die SU vor. Aber die amerikanische Stalinpartei beschließt, nicht an dem Belgrader Büro teilzunehmen "um die Antikommunisten nicht zu provozieren".

Warum braucht die Bourgeoisie eine Armee? Paul Reynand erzählt in seinem Buch "Frankreich hat Europa gerettet", daß sich Petain und Weygant 1940 energisch gegen die Aufopferung der französischen Armee in einer Brückenkopfstellung in der Bretagne, mit dem sehr vielsagenden Hinweis, wehrten: daß man eine Armee "zur Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung braucht". Was für sie das entscheidende Argument war, jeden weiteren Widerstand gegen den deutschen Imperialismus einzustellen und zu kapitulieren. Der französischen Bourgeoisie steckt eben noch heute der Schreck der Pariser Kommune von 1871 in den Gliedern, darum wird sie in jeder noch so schwierigen Situation trachten, die Armee zu retten und fest in ihrer Hand zu halten. Das späte Eingeständnis des kapitalistischen Politikers Reynand, mit dem Leon Blum jetzt wieder in die Koalition gehen will, ist eine wertvolle Lehre für das Proletariat.

X X X